

Schwerindustrie und Arbeiterbewegung in Lothringen*

Historische Komponenten

Mit 94 % der Eisenerzgewinnung, 33 % der Kohleförderung und 60 % der Eisenerzeugung stellt Lothringen die schwerindustrielle Kernregion Frankreichs dar. Dieser Vorteil ist durch die bekannten Nachteile der Monostruktur erkauft, der die gesamte Region im Zustand der ersten industriellen Revolution verharren läßt. Schon vor dem industriellen Durchbruch im 19. Jahrhundert war eine Trennung der Entwicklung in Lothringen und Elsaß dahingehend festzustellen, daß im Elsaß der Aufbau der mechanischen und Textilindustrie mit einer prosperierenden städtischen Entwicklung Hand in Hand ging, während die Industrialisierung in Lothringen außerhalb der städtischen Zentren ablief. Die Metropole Metz, die einer dauernden Rivalität mit Nancy ausgesetzt war, blieb von einer politisch administrativen Schicht und der Rentner-Bourgeoisie geprägt. Der Aufbau der Großeisenindustrie auf dem ergiebigen Minettevorkommen litt bis zum Ersten Weltkrieg unter erheblichen Handikaps, obwohl die zunehmende Konzernverflechtung mit den Ruhrkonzernen zur Errichtung hochmoderner Anlagen in Lothringen führte (Thyssen). Erst die Durchsetzung des Thomas-Verfahrens in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts erlaubte eine Förderung der Minette im großen Maßstab. Es blieben allerdings die Abhängigkeit von der Saar- und Ruhr-Kokskohle sowie technische Probleme bei der Reduzierung des relativ hohen Phosphorgehaltes. Trotz der zunehmenden Produktions- und Konzernverflechtung mit dem Ruhrgebiet und der günstigen Verkehrsverbindungen mit den süddeutschen Abnehmern blieb die Entwicklung der lothringischen Schwerindustrie auch in dieser Zeit durch eine Beschränkung auf die ersten Produktionsstufen der Großeisenindustrie durch die Abkoppelung von städtischen Handelszentren sowie die relative Stabilität der Bevölkerung behindert. Hinzu kam, daß durch die Trennung Lothringens im französisch gebliebenen Teil parallele Ersatzkapazitäten aufgebaut wurden, die nach dem Ersten Weltkrieg auf dem französischen Markt lasten sollten.

Bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts stagnierte die Entwicklung der lothringischen Schwerindustrie. Finanzielle Gründe und vor allem die Durchsetzung des Sauerstoffverfahrens zwangen zu einer Zentralisierung der vielfach zersplitterten Produktion sowie zu einer Reorganisation der Eigentumsverhältnisse. Mit Ausnahme der petrochemischen Basis von Carling verfügt Lothringen aber bis heute nicht über nennenswerte Zentren der verarbeitenden Industrie.

Die Verschiebung der politischen Grenze, die schon vor dem Ersten Weltkrieg zu einer Doppelung der Anlagen geführt hatte, hatte auch nach dem Friedensvertrag von Versailles eine Kapazitätsausweitung zur Folge, die nicht nur auf die nationalen Märkte, sondern auch auf den internationalen Eisenmarkt drückte. Trotz der offensichtlichen Absicht des Versailler Vertrages, die deutsche Schwerindustrie entscheidend zu schwächen und der französischen Schwerindustrie mit den neugewonnenen Zentren ein Übergewicht zu verschaffen, litt die lothringische Großeisenindustrie jahrelang unter der Abhängigkeit von der Ruhrkohle und einer gefährlich geringen Auslastungsquote von weit unter 50 % (1922).

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg stand die französische Sicherheitspolitik nicht unbedingt in Einklang mit einer ökonomisch wünschenswerten Sanierung der europäischen

* Bericht über eine Exkursion, die im Rahmen eines Seminars von Prof. Dr. Hans Mommsen, Bochum, über die „Arbeiterbewegung und die soziale Lage in der Montanindustrie Westdeutschlands 1912—1938“ stattfand und dem historischen Vergleich regionaler Strukturkrisen im Montansektor diente.

Schwerindustrie. Der französische Plan, die Ruhr unter internationale Kontrolle zu stellen, dem die Behinderung zentraler Verwaltungseinrichtungen im Alliierten Kontrollrat vor allem galt, scheiterte letztlich an der Entwicklung der internationalen Beziehungen. Der Ausbruch des kalten Krieges, die zunehmende ökonomische Abhängigkeit Frankreichs von den USA beim inneren Wiederaufbau und die militärische Abhängigkeit in Indochina sowie die drohende Wiederbewaffnung Deutschlands zwangen Frankreich schließlich zu einer nachgiebigeren Politik. Aber auch hier war letztlich das politische Kalkül ausschlaggebend: Der Schumann-Plan vom Mai 1950 zur Etablierung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der eine Verständigung auf diesem für die französische Sicherheitspolitik wichtigen Gebiet noch vor der Londoner Konferenz zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland suchte, stieß auf erbitterten Widerstand insbesondere der lothringischen Schwerindustrie, die sich 1951 sogar um den Sturz Schumanns bemühte.

In der langfristigen Entwicklung ist es zweifellos die Angst der lothringischen Schwerindustrie vor der Konkurrenz der Ruhr gewesen, die die Nachteile der politischen Grenzlage erheblich vergrößert hat und auch im Rahmen der heutigen Europäischen Gemeinschaft zu einer Priorität nationalstaatlicher Hilfsmaßnahmen vor marktwirtschaftlicher Regulierung geführt hat.

Aktuelle Problematik

Die aktuellen Probleme der lothringischen Stahlindustrie sind erst in den letzten Jahren klar hervorgetreten, während der noch im Zusammenhang mit der Ölkrise stehende Ausbau von Energieträgern Anfang der 70er Jahre Lothringen den ungerechtfertigten Beinamen „Texas Frankreichs“ bescherte. Kennzeichnend für die heutige Krise ist insbesondere die technische Rückständigkeit einzelner Anlagen, die Zersplitterung der Gesellschaften, die abrupte Änderung einer an politische Rücksichten gebundenen Beschäftigungspolitik und die heftige Auseinandersetzung mit den politischen Kräften der Arbeiterbewegung.

Von der Vielzahl der Schwerindustriellen Firmen, die in den 50er Jahren einer Reorganisation unterworfen wurden, dominieren in Lothringen vor allem Usinor und Sacilor. Während Usinor, dessen Stilllegungsanzeige in Longwy Ursache der jüngsten Auseinandersetzungen war, wegen seiner außerlothringischen Betriebe als auswärtige Firma gilt, steht Sacilor ganz im Erbe De Wendéis, des traditionellen Führers der lothringischen Schwerindustrie, dessen Unnachgiebigkeit gegenüber den Gewerkschaften ebenso bekannt war wie sein sozialpatriarchalischer Führungsstil.

Regional zerfällt die lothringische Schwerindustrie in drei klar voneinander abgegrenzte Gebiete: Im Norden das unmittelbar von Stilllegungen größeren Ausmaßes betroffene Longwy, wo verschiedene Firmen nebeneinander ohne Rationalisierungsabsprachen produzieren. Die Ausbeute der Erzvorkommen ist hier gering, der Frachtnachteil wegen mangelnder Wasserwege erheblich. Die Stadt, deren topographische Struktur eine Ausdehnung nicht zuläßt, lebt fast vollständig von der Stahlproduktion, das Halbzeug muß zur Weiterverarbeitung verschickt werden. Im Tal der Fentsch und der Orne sowie im Stahlbecken von Thionville dominiert Sacilor-Sollac, ein Konzern, der auf der Basis der alten De Wendéischen Besitzungen erhebliche Rationalisierungsfortschritte erzielt hat. Vor allem die kontinuierliche Produktionsabfolge vom Erz über Roheisen, Rohstahl, Halbzeug bis zu Feiblechen im Rahmen eines durch Wasser- und Schienenwege erschlossenen Tales lassen diesen Standort auch in Zukunft rentabel erscheinen. Im Süden Lothringens haben sich kleine Firmen wie Pont à Mouson auf die Produktion von Qualitätsstählen spezialisiert.

Die kritische Lage bei Sacilor ist seit der Übernahme der Aktienmehrheit durch staatliche Anstalten im vergangenen Dezember vorerst gebannt. Erhebliche Investitionen von einer Milliarde Franc im vergangenen Jahr, die die Verschuldung des Konzerns, die schon seit etlichen Jahren über den Umsätzen lag, bis zum finanziellen Zusammenbruch zu steigern drohten, haben vor allen Dingen arbeitsplatzsparende Rationalisierungen zum Ziel. Die Gesamtbelegschaft des Konzerns von etwa 60000 im Jahr 1971, die innerhalb von 10 Jahren auf 27 000 reduziert werden soll, ist bisher schon auf etwa 37000 gesunken. Von noch größerer Bedeutung für die Wiederherstellung der Rentabilität dürfte allerdings die Auslastung der Kapazität von 6 bis 7 Millionen Jahrestonnen (Rohstahlkapazität) sein. Die Rohstahlproduktion sank in den letzten 4 Jahren um ca. 30 %, was außer durch Entlassungen auch durch Kurzarbeit von bis zu 20 % abgefangen wurde. Sacilor, dessen Exportanteil immerhin 45 % beträgt, hat sich auch mit 50 % an dem neuen Küstenstahlwerk bei Fos sur Mer beteiligt und damit der Tatsache Rechnung getragen, daß der rohstofforientierte Standort an Bedeutung verliert. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß im vergangenen Jahr ca. 15 % schwedisches Erz zugekauft wurde.

Die Sanierungsvorstellungen bei Sacilor, die sich auf zinsgünstige Staatskredite stützen können, zielen vor allem auf die Diversifizierung des Produktionsprogramms. Vor allem der Edelstahlbereich wurde ausgebaut, während der Betonstahl abgegeben wurde. Außerdem hofft man im Rahmen des Davignon-Planes auf eine schrittweise Anhebung der Preise. Den erforderlichen Personalabbau versucht man durch eine Reduzierung des Rentenalters auf 55 Jahre (bisher 56,8) zu beschleunigen. Andererseits scheint man dem öffentlichen Druck zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung von 42,5 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich zu begegnen. Von der Umstellung auf diskontinuierlichen Betrieb profitieren monatlich nur 150 Arbeiter. Darüber hinaus verweist Sacilor auf die Schaffung von ca. 2000 neuen Arbeitsplätzen durch firmeneigene Industrieansiedlungsprojekte, die aber faktisch lediglich einer Verlängerung der Produktionsschiene des Konzerns gleichkommt.

Für das Department Moselle und dessen Hauptstadt Metz stellt sich die Krise der Stahlindustrie als eine Bewährungsprobe der regionalen Strukturpolitik dar, die in Frankreich insbesondere infolge der Hauptstadtferne unterentwickelt ist. Zwar sind nur weniger als die Hälfte der Beschäftigten in der Schwerindustrie tätig, die Bedeutung des Stahles zeigt sich aber schon in den jetzt vieldiskutierten Neuansiedlungsplänen für die Automobilindustrie. 10000 Arbeitsplätze in diesem Bereich, die bis 1983 geschaffen werden sollen, wären wiederum von der Stahlproduktion abhängig bzw. stellten lediglich die Gefahr einer erweiterten Monostruktur dar. So setzt auch die Kommune von Metz weniger darauf, der Stahlproduktion komplementäre Industrien zu gewinnen, als auf die Qualifizierung der Stahlproduktion selbst, auf die Gewinnung neuer schnell anpassungsfähiger Betriebe im Maschinenbau und in der Elektronik sowie auf den Ausbau des tertiären Sektors. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch eine Kursänderung in der Städtebaupolitik, die seit Mitte der 70er Jahre die Stadtkernsanierung in Angriff genommen hat, um dem trostlosen und teuren Leben in neuen Agglomerationen außerhalb der Stadt die Attraktivität urbaner Lebensweise entgegenzusetzen.

Insgesamt lassen die aktuellen Probleme des führenden lothringischen Stahlkonzerns und der städtischen Metropole Metz den Eindruck entstehen, daß die staatlichen Förderungsprogramme zur Dezentralisierung der Industrie hier nicht entscheidend greifen: Immerhin sind 60 % der in diesem Rahmen entstandenen Anlagen im Umkreis von 200 km von Paris angesiedelt. In der betroffenen Region selbst scheint die Abkoppelung der städtischen Entwicklung von dem industriellen Ausbau auf dem Lande, die seit dem 19. Jahrhundert prägend war, auch heute einer globalen und integrativen Strategie entgegenzustehen.

Die Arbeiterbewegung

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft in Lothringen sind erwartungsgemäß durch die industrielle Monostruktur, die Grenzlandlage sowie die aktuelle Stahlkrise entscheidend geprägt. Dies kommt insbesondere bei der Betrachtung der für Frankreich nicht unüblich hohen Arbeitslosenquote von 6 bis 7 % zum Ausdruck. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte wesentlich höher liegen, wenn man berücksichtigt, daß die Statistik durch die hohe Anzahl von Frührentnern, die relativ geringe Bedeutung weiblicher Erwerbstätigkeit und die Wanderarbeiter in Luxemburg und im Saargebiet verfälscht wird. Das Einkommensniveau der lothringischen Stahlarbeiter ist für französische Verhältnisse infolge von Schicht-, Sonntags- und Produktivitätszulagen relativ hoch, was auch als Ffindungsgrund für neue Industrieansiedlungen genannt wird. Allerdings bedeutet die bei Sacilor übliche Kurzarbeit von 15 bis 20 % einen Einkommensverlust von ca. 10 %. Im internationalen Vergleich liegt die Kaufkraft des lothringischen Stahlarbeiters weit unter derjenigen seines deutschen und luxemburgischen Kollegen.

Die soziale und politische Hegemonie der „Maitres des Forges“ insbesondere im Stahlbecken von Thionville äußerte sich in der Vergangenheit in verschiedenen Formen der sozialpatriarchalischen Fürsorge bei absoluter Bindung an das Werk. Lebendes Zeugnis dieser Tradition sind die Arbeitersiedlungen, die insbesondere unter der deutschen Ägide vor dem Ersten Weltkrieg im Tal der Orne, der Moselle und in Thionville errichtet wurden, und die heute noch einem großen Teil der Stahlarbeiter als Heimat dienen. Ein weiterer Zug der sozialpatriarchalischen Tradition der Schwerindustrie, der bis heute wirksam ist, ist die Monopolisierung der Ausbildungswege. Insbesondere bei De Wendel/Sacilor wurde auf eine Rekrutierung des Führungspersonals aus der eigenen Belegschaft geachtet, was gleichzeitig zu einer die Generationen überspannenden Abhängigkeit von den betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten führt. Noch heute genießen lediglich 3 % der Jugendlichen über 14 Jahre im Tal der Fentsch eine weitergehende Ausbildung.

Im Gegensatz zu dem durch die spektakulären gewerkschaftlichen Aktionen erweckten Eindruck sind die Gewerkschaften im lothringischen Stahlrevier in einer Minderheitsposition. Der relativ geringe Organisationsgrad der lothringischen Schwerindustrie von etwa 25 % läßt sich sicher zum einen Teil aus der erwähnten sozialpatriarchalischen Tradition der Schwerindustrie erklären; in seiner Feindschaft gegenüber gewerkschaftlicher Organisation ließ sich auch der französische Stahlindustrielle Camille Cavallier nicht von Stumm an der Saar überbieten. Weitere Gründe dürften in der ethnischen Zusammensetzung der Arbeiterschaft sowie in der spezifischen politischen Tradition der Arbeiterbewegung in Lothringen zu suchen sein. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war die Arbeiterschaft der schwerindustriellen Region in Lothringen von vielen Trennlinien durchzogen: Neben den eingeborenen Lothringern gab es deutsche Einwanderer, die im Kohlenbergbau akzeptiert wurden, in der Minettegewinnung aber als Emigranten galten, und deren Ansiedlung von Thyssen und Rombach gezielt gefördert wurde. Außerdem wurden eine große Anzahl von Deutsch-Polen aus Schlesien entweder direkt oder über den Umweg Ruhrgebiet nach Lothringen geschickt. Vor dem Ersten Weltkrieg stellten aber auch schon ca. 40 000 Italiener das „Lumpenproletariat“, die ohne ihre Familien in Ghettos lebten und vor allem im Bauwesen (Festungsbau) beschäftigt waren. Heute genießen die Italiener, die sich inzwischen schon in der dritten Generation auch im Stahlbereich eine beachtliche Position verschafft haben, gegenüber den Neueinwanderern vor allem aus Marokko, Algerien, der Iberischen Halbinsel und gelegentlich aus der Türkei eine klare Vorrangstellung.

Neben der ethnischen Zersplitterung der Arbeiterschaft und der Vereinzelung in der betrieblichen Organisation wirkt auch das französische Prinzip der Richtungsgewerkschaft ge-

gen ein einheitliches Auftreten der Arbeiterbewegung. Vor dem Ersten Weltkrieg waren die Gewerkschaften in Deutsch-Lothringen auf vielfältige Weise behindert. Auf Grund der vollständigen Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Reichsstatthalter von Mannteufler und von Hohenlohe blieben selbst spektakuläre Ereignisse wie der Ruhrstreik von 1889/90 in Lothringen ohne Echo. 1907, als ein erster großer Streik mit Entlassung und Streikbrechern aus deutschen Werken niedergeschlagen wurde, waren lediglich 6800 Arbeiter zu gleichen Teilen in sozialistischen und christlichen Verbänden organisiert. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren De Wendel und Stumm noch immer völlig gewerkschaftsfrei; die Mitgliedschaft in den gelben Werkvereinen war verpflichtend. Bei 120 000 Arbeitern stellten 2700 sozialistisch und 2300 christlich organisierte Gewerkschafter einen Organisationsanteil von knapp 5 % dar.

Angesichts dieser Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, daß der Kern der sozialistischen Arbeiterbewegung in Lothringen vor dem Ersten Weltkrieg nicht bei den Hüttenarbeitern, sondern bei den Depotarbeitern der Reichsbahn (Bischheim bei Straßburg) zu finden ist. Der Bergarbeiterverband und der Deutsche Metallarbeiterverband hatten sich darüber hinaus auf reichsdeutsche Funktionäre verlassen, die bei der eingeborenen Bevölkerung nur schwer Vertrauen fanden. Als 1912 der erste sozialdemokratische Abgeordnete für Metz in den Reichstag gewählt wurde, zählten zu seinen Wählern nur in geringem Maße die Industriearbeiterschaft Lothringens. Während die sozialistischen Organisationen über das Rheinland nach Lothringen wirkten, wurden die christlichen Organisationen vor allem aus dem Elsaß und dem Saargebiet unterstützt.

Völlig außerhalb der bestehenden Organisationen blieb die starke Gruppe der Italiener. Es ist kennzeichnend für die weitere Entwicklung, daß diese Differenzierung unter veränderten Vorzeichen beibehalten wurde: So bildeten die katholischen Arbeitervereine nach 1918 die Grundlage für die CFTG, die nach der Lösung von der christlichen Grundlage 1964 als CFDT den sozialistischen Flügel der französischen Arbeiterbewegung bildete. Die kommunistische Gewerkschaft CGT konnte direkt an die Zellen der freien Gewerkschaftsbewegung anknüpfen, der große Durchbruch gelang ihr aber erst nach 1945 durch die Integration der Italiener.

Die gewerkschaftliche Kräftekonstellation heute

Für die heutige Kräftekonstellation im lothringischen Revier ist bezeichnend, daß die Kommunisten überall dort stark sind, wo der italienische Arbeiteranteil überwiegt. Der Vormarsch der Kommunisten auf lokaler Ebene, der infolge der Stahlkrise spektakuläre Ausmaße erreichte, begann allerdings schon Ende der 50er Jahre bei den Lokalwahlen und ist insofern unabhängig von der krisenhaften Entwicklung der vergangenen Jahre zu sehen. Im schwerindustriellen Kernland dominiert dementsprechend die CGT bei den Berufsverbandswahlen mit etwa 90 %. Die sozialistische CFDT stellt demgegenüber zum Beispiel in Longwy nur kleine Kadergruppen (geschätzte Mitgliedschaft in Longwy 800). Neben den verschiedenen katholischen Organisationen überflügelt die CFDT allerdings die CGT um 34 % bei den Berufsverbandswahlen im Kohlebereich. Der katholische Klerus, der seine soziale Funktion zum Teil eingebüßt hat, hat sich in verschiedenen Kommunen deutlich nach links entwickelt und arbeitet gelegentlich sogar direkt mit der CGT zusammen. Die sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaft FO hat in Lothringen außer bei den Regierungsstellen und der Post praktisch überhaupt keine Bedeutung.

Entsprechend sind die spektakulären Gewerkschaftsaktionen der letzten Zeit zu interpretieren: Das Prinzip der Faustschlagaktion, das vor allem von der schwachen CFDT in Longwy und Thionville durchgesetzt wurde, erklärt sich aus dem geringen Organisationsgrad und der

mangelnden Streikbereitschaft der Belegschaften, die nach den Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit auch einen Streikausfall voll zu tragen hätten, da selbst für gewerkschaftlich Organisierte keine Streikgelder gezahlt werden können. Während die zentralen Sanierungsverhandlungen zwischen den Spitzengewerkschaften und den Unternehmenszentralen in Paris geführt werden, beschränkten sich die lokalen Organisationen in der vergangenen Zeit vor allem auf die Mobilisierung der gesamten Region und die Bekämpfung der Polizeigewalt, die gegen ihre Faustschlagaktionen eingesetzt wurde. Auf diese Weise ist es gelungen, Sabotageakte in den Betrieben und öffentliche Gewaltanwendung gegenüber den Einrichtungen des Unternehmensverbandes weitgehend ungeahndet zu lassen. Auch die beiden Arbeitersender, Lorraine Coeur acier (CGT) und SOS Longwy Emploi (CFDT) sind trotz fehlender Rechtsgrundlage und wiederholter Störversuche der Polizei weiterhin in Aktion. Zweifellos spielte auch die Rivalität zwischen den ungleichen Gewerkschaftspartnern eine erhebliche Rolle: So wurde der inzwischen professionell betriebene Sender der CGT faktisch gegen den zunächst alleine improvisierten CFDT-Sender eingesetzt, heute ist die CFDT darauf angewiesen, daß die CGT ihr bestimmte Sendezeiten überläßt. Der Vorwurf des Aktionismus, mit dem vor allem die CGT die Initiativen der CFDT im Intersyndical beantwortet, aber auch die unkontrollierten Gewaltausbrüche, die offensichtlich auf das Konto junger Kommunisten gehen, weisen auf eine spezifisch französische Tradition der libertären Protestbewegung hin, die sich stark an Symbolen und Festen orientiert. Noch heute trifft sich die protestierende Bevölkerung von Longwy etwa auf einem Demonstrationszug nach Paris oder in Wochenendfesten bei Volksmusik und Motocross-Rennen am Fuße der 100jährigen Abraumhalde, die den Widerstand der Bevölkerung von Longwy symbolisiert.

Zusammenfassung und Vergleich

Die Arbeiterschaft der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr sowie in Lothringen unterlag in der ersten Ausbauphase der Schwerindustrie durchaus vergleichbaren Arbeits- und Lebensbedingungen. Gleichwohl sind die Abweichungen schon in dieser Zeit aufgrund der politischen Randlage erheblich. Ungeachtet der ökonomischen Sonderentwicklung, die die lothringische Schwerindustrie wesentlich empfindlicher auf die internationale Stahlkrise reagieren ließ als die Schwerindustrie des Ruhrgebiets, wurde insbesondere in der letzten Zeit die Bedeutung der politischen Kultur für die Ausprägung der gewerkschaftlichen Aktionsformen deutlich.

Vielleicht noch stärker als das Ruhrgebiet ist die lothringische Region von dem Schicksal der Schwerindustrie abhängig. Die unmittelbare Wechselwirkung von regionaler Strukturpolitik und Krisenüberwindung in der Stahlindustrie verweisen auf die historische Begründung einer regionalen Zeitgeschichte, die anders als die traditionelle Landesgeschichte die Entwicklung von Industrieregionen als politischen Raum zu begreifen versucht.

Wie weit der Weg zu einer europäischen Lösung der anstehenden Probleme ist, wurde in vielfältiger Weise deutlich. Bei der Gestaltung der industriellen Beziehungen z. B. sind die Positionen sehr konträr. So wünschte sich der Vertreter von Sacilor offenbar eine „Entpolitisierung“ der französischen Gewerkschaftsbewegung in Richtung auf das deutsche Mitbestimmungsmodell, während die CGT anläßlich der gerade laufenden Europa-Wahlen offen vor dem deutschen Mitbestimmungsmodell warnte.

Auch die Schwierigkeiten bei der Organisation der Exkursion lassen auf erhebliche Hindernisse bei der Realisierung eines europäischen Lösungsweges auf unterer Ebene schließen. Es ist sicher kein Zufall, daß weder die Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl oder die von ihr eingeschalteten zentralen Unternehmensleitungen in Paris noch die IG Metall mit ihren zuständigen internationalen Verbindungsbüros in der Lage waren, einen unmittelbaren Kon-

takt mit den entsprechenden Stellen in Lothringen selbst herzustellen. Es ist der Findigkeit und der persönlichen Beziehungen einiger Vertreter des WDR in Paris, des deutschen Generalkonsulats in Nancy und des deutsch-französischen Kulturaustausches zu danken, daß die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Exkursion geschaffen werden konnten. Nicht nur im Rahmen der wissenschaftlichen Beziehungen, sondern auch in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und in dem Erfahrungsaustausch zwischen vergleichbar strukturierten Regionen ist im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit bis zur Europäisierung aller Lebensbereiche noch ein weiter Weg zu gehen.

Dr. Bernd Weisbrod, Abteilung für Geschichtswissenschaft, Ruhr- Universität Bochum